

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

16.8.1929 (No. 189)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 8518

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. B.
C. A. Seyfried
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Stabteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kasstentabell gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwingender Vertreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sympotie, Auslieferung, Wasserschaden, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung vorübergehend, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Neue Krise im Haag

England lehnt den Gegenvorschlag ab

Die Krise, die durch den englisch-französischen Quotenstreit entstand, ist aufs neue akut geworden, und es konnten recht pessimistische Stimmen aus dem Haag und den verschiedenen Hauptstädten. Snowden soll gestern die Vorschläge der kontinentalen Gläubigermächte als unannehmbar bezeichnet haben. Er lehnt sie sämtlich ab. Da andererseits Louchere im Namen der französischen Delegation erklärt haben soll, es sei den kontinentalen Gläubigern unmöglich, England weiter entgegenzukommen, lasse sich im Augenblick nicht übersehen, wie sich die Dinge weiter entwickeln würden. In englischen Kreisen spricht man wieder einmal von Vertagung und Abreise, und zwar diesmal offener und mit etwas größerer Überzeugung; aber auch jetzt darf man wohl hoffen, daß jede Möglichkeit einer Vermittlung zwischen den streitenden Parteien ausgenutzt werden wird. Auch die Italiener hätten die Lage wieder verschärft, indem ihre Vertreter erklärt haben soll, für ihn sei die Haager Konferenz am Ende.

Pr. Haag, 16. Aug. (Priv.-Tel.) Die Stimmung ist heute im Haag ziemlich pessimistisch. Nach einer Besprechung, die Louchere gestern abend mit seiner Presse hatte, scheint es, daß die Einsetzung des Komitees, die für morgen vorgesehen ist, und zwar der Unterabschlüsse für die verschiedenen Finanz- und Räumungsfragen und der Organisationskomitees nach dem Youngplan, wenigstens bezüglich dieses Termins, wieder zweifelhaft geworden ist.

Auf englischer Seite wird Stimmung gemacht mit der Mitteilung, daß voraussichtlich morgen eine Unterbrechung der Konferenz eintreten werde, da Snowden wiederholt — auch gestern — entschieden erklärt habe, wenn er bezüglich seiner Forderung keine Genugtuung erhalte, so werde er abreisen. Andererseits heißt es, daß man einem vorgestern von Francaui den Engländern unterbreiteten Vorschlag, der etwa in Höhe von 18 Millionen jährlich den englischen Ansprüchen entgegenkommt, bis morgen weiter umgestalten beabsichtigt. Auf französischer Seite glaubt man, daß Reste aus dem Wert der beschlagnahmten deutschen Eigentums eine wenigstens vorläufig verfügbare Summe von 10 Millionen Reichsmark ergeben könnten, während sich mit Hilfe einer kleineren Konzeption auf dem Gebiete der ungeschätzten deutschen Jahreszahlungen die Möglichkeit bieten würde, den Engländern insgesamt annähernd zwei Drittel der geforderten Summe von 2,365 Mill. Pfund auszubilligen. Man scheint auch den Gedanken erwogen zu haben, von Italien eine Beteiligung an diesen Konzeptionen zu verlangen, das seine 42 Millionen aus den ungeschätzten Annuitäten allerdings mit Hilfe und Unterstützung der englischen Sachverständigen in Paris bewilligt bekommen hätte.

Im ganzen ist heute, wo eine Reihe von privaten Besprechungen der Hauptdelegierten untereinander stattfinden werden, ein besonders kritischer Tag, von dem die weitere Entwicklung, das Schicksal der Konferenz, abhängen wird.

Vom deutschen Standpunkt aus ist neben den Schwierigkeiten auf finanziellen Gebiet Gewicht darauf zu legen, daß die Frage der Festsetzungs- und Vergleichskommission ebenfalls bisher keine Fortschritte gemacht hat, und daß ihre Erledigung für uns eine Bedingung des Zustandekommens einer Vereinbarung darstellt.

Englische Meldungen

W.D. London, 16. Aug. (Tel.) Das Reutersche Büro und die Blätter melden, die Haager Konferenz sei in großer Gefahr, zusammenzubrechen. Snowden sei bereit, am Samstag abzureisen, wenn nicht bis dahin seinen Forderungen Genüge gesehen sei. Im allgemeinen wird der italienischen Delegation die Schuld an dieser neuen schweren Krise der Konferenz beigemessen.

So sagt der Haager Korrespondent des „Daily Herald“: Es liegt eine bittere Ironie in der Tatsache, daß gerade die Italiener einer Vereinbarung eigensinnigen Widerstand entgegensetzen. Dieser Widerstand droht die Verhandlungen der Sachverständigen mit den guten Aussichten auf ein befriedigendes Ergebnis zu zunichte zu machen.

Bertinag meldet dem „Daily Telegraph“ aus dem Haag: Snowden hat dem belgischen Delegierten, der ihm die Vorschläge der vier anderen Gläubigerdelegationen mitteilte, nicht verhehlt, daß er sie für völlig unzulänglich betrachte. Beiläufig wird erwähnt, daß die italienische Delegation sich bereit erklärt hat, etwas von dem italienischen Anteil zur Verfügung zu stellen, um den britischen Forderungen entgegenzukommen. Die vier Delegationen würden gern etwas mehr Zeit gewinnen und es vermeiden, Snowden irgendem Schriftstück zu übermitteln. Es heißt, Briand und Snowden würden heute eine letzte Zusammenkunft haben, bevor die Entscheidung fällt. Eine Bestätigung dafür liegt jedoch nicht vor.

Die Pariser Presse gegen Snowden

W.D. Paris, 16. Aug. (Tel.) Die Einstellung der heutigen Morgenpresse gegenüber der Haager Konferenz kann als pessimistisch bezeichnet werden. Sie wird durch die Tatsache gekennzeichnet, daß die Presse den englischen Sachverständigen in der heftigsten Weise angreift.

Letzte Nachrichten

Die Lage im fernen Osten

Vor einem Nachgeben Chinas?

W.D. London, 16. Aug. (Tel.) Eine „Exchange“-Meldung aus Tokio besagt: Vier eingetroffene Meldungen bestätigen, daß es an der chinesisch-russischen Grenze zu Scharmäkeln kommt, aber nach amtlicher Auffassung ist diesen Dingen keine größere Bedeutung beizumessen. Gut unterrichtete Kreise glauben, die Schwierigkeiten werden dadurch beendet werden, daß China in wesentlichen Punkten nachgibt.

W.D. Moskau, 15. Aug. (Tel.) (Telegraphenagentur der Sowjetunion). Aus Anlaß der hier eingelaufenen Nachrichten über eine völlige Desorganisation der Ostsibirischen Eisenbahn und über Verläufe der chinesischen Behörden, Abmachungen mit ausländischen Banken über die Ostsibirische Eisenbahn zu treffen, erklärte Karachan Pressevertreter folgendes:

Infolge der Gewaltmaßnahmen der chinesischen Behörden geriet die Ostsibirische Eisenbahn in einen völligen Zusammenbruch grenzenlosen Zustand. Wir erwarten die chinesische Regierung wiederholt vor den schweren Folgen ihres unerhörten Bruchs des Vertrages zwischen der Sowjetunion und China vom Jahre 1924. Selbstverständlich legen wir die Verantwortung mit allen Folgen der chinesischen Regierung auf. Gleichzeitig müssen wir alle Auslandsregierungen und alle Personen und Behörden, die irgendeine Verbindung mit der Ostsibirischen Eisenbahn haben, warnen, daß die Sowjetregierung nach der Aneignung der Bahn durch die chinesischen Behörden keine Abmachungen, welche über die Ostsibirische Eisenbahn von den chinesischen Behörden oder von Amtspersonen, die von ihnen eingesetzt worden sind, getroffen werden, sowie keine Verpflichtungen, welche sie im Namen der Ostsibirischen Eisenbahn übernehmen, anerkennen wird.

W.D. London, 16. Aug. (Tel.) Wie Reuters aus Moskau berichtet, soll auf Anweisung der Räumungsregierung der Gouverneur der Mandschurie, Tschangshüchling, gestern abend den Befehl gegeben haben, 60 000 Mann an der sibirischen Grenze zu konzentrieren. 300 russische Seeleute, die zwei kleine Städte am Sibirischen Meer besetzt hatten, sind von chinesischen Truppen vertrieben worden. Sechs Russen und zwei Chinesen wurden getötet.

Die Abrüstung der Seemächte

W.D. Washington, 16. Aug. (Tel.) In den amtlichen Kreisen der Bundeshauptstadt herrscht gestern abend die Meinung vor, daß die bevorstehenden Besprechungen zwischen Macdonald und Dawes zu einer noch stärkeren Verminderung der Kreuzerflotten führen können, als dies in der Konferenz von 1927 vorgesehen war. Angesichts der bevorstehenden Flottenkonferenz zwischen Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien und Japan, die wahrscheinlich im Dezember in London stattfindet, wird die Lage zur Zeit auf Anordnung des Präsidenten von den amerikanischen Marinefachverständigen eingehend geprüft. Man glaubt hier, daß sich die englische Regierung in der Frage einer Verminderung der Kreuzerflotten in einer nicht ganz angenehmen Lage befindet, und zwar infolge der wenig entgegenkommenden Haltung Frankreichs und Italiens.

Die Besserung im Befinden des Reichskanzlers Müller schreibt immer weiter fort, so daß er sogar schon politische Vorträge entgegennehmen konnte. Wie es heißt, wird der Reichskanzler nächste Woche zu längerem Kurzaufenthalt in Böhmerhöhe eintreffen.

Der Fürst von Waldeck feiert die Verfassung. An der Verfassungsfeier des Kreises Bormont, bei der der deutschdemokratische Landtagsabgeordnete Hauff die Festrede hielt, nahm, wie die „Woll. Bl.“ mitteilt, auch der frühere Regent des Landes, Fürst Friedrich von Waldeck, teil.

So schreibt der „Matin“, die Elemente, die in England gegen den Youngplan seien, blieben der alten Doktrin treu, daß auf dem Kontinent nicht Frieden herrschen solle, und daß es keine freundschaftliche Regelung zwischen Frankreich und Deutschland geben dürfe. Der Youngplan, der die Räumung ermöglichte, und nach der Räumung die wirtschaftliche und politische Annäherung, er scheine ihnen als eine Bedrohung der Schiedsrichterrolle, die England sich im Laufe der Jahrhunderte angeeignet habe. Selbstamer Weisheit hätten diese ultradawinistischen Elemente einen Verbündeten in der Arbeiterpartei gefunden. Europa werde Snowden morgen wissen lassen, ob es die Sabotierung der ersten edulgenten Regelung, die bei der Liquidierung des Krieges erzielt worden sei, zulassen wolle.

„Echo de Paris“ ermahnt bereits die Folgen eines Abbruchs der Konferenz und meint, wenn die Konferenz morgen zu Ende gehen werde, Briand von den Unvorsichtigkeiten erlöst wird, die er in der Räumungsfrage begangen habe. Er habe versprochen, am Samstag in bestimmter Weise den Zeitpunkt für den Beginn und die Durchführung der Räumung anzugeben. Diese Verpflichtung würde er los werden. Ferner würde sich die Tatsache ergeben, daß der Youngplan infolge des schlechten Willens Englands nicht in Kraft trete.

Wirtschaftliche Umschau

Motorrad, Kleinauto, Fahrrad — Der badische Einheitsverband der ländlichen Genossenschaften — Das Reichsmilchgesetz

Von der deutschen Fahrzeugproduktion hat im vergangenen und auch in diesem Jahr die Motorradindustrie am besten abgeschnitten. Schon für das erste Halbjahr 1929 wird die Gesamtproduktion an Motorrädern auf 115 000 Einheiten geschätzt, und man rechnet, daß sie im ganzen Jahr auf 190 000 kommt. Damit stellt sich die deutsche Motorradfabrikation an die Spitze der Weltproduktion und übertrifft bei weitem Amerika, aber auch England, das im letzten Jahre rund 160 000 Einheiten produzierte. Am stärksten hat die Produktion des kleinen Motorrades zugenommen, das mit weniger als 200 ccm Hubraum seit 1. April vorigen Jahres steuerfrei ist und technisch so vervollkommen wurde, daß auch die Anbringung eines Soziusplatzes möglich war.

Diese vermehrte Erzeugung ging auf Kosten des schwereren Motorrades, das auf der anderen Seite auch durch das Kleinauto zurückgedrängt wurde, nachdem die Preise für solch vierrädrige Wagen sich kaum mehr höher stellen als für ein hochwertiges Großkrafttrad mit Beiwagen. Gelingt es noch, für das Kleinauto eine den Wünschen des Publikums besonders entsprechende Form zu finden und die Betriebs- und Unterhaltungskosten weiter zu senken, so müssen sich die Aussichten für den Kleinwagenbau immer mehr bessern, zumal gerade hier in Deutschland noch große Absatzmöglichkeiten vorhanden scheinen. Deshalb haben u. a. die Bayerischen Motoren-Werke (B. M. W.) nun den Bau von Kleinautos in die Hand genommen.

Biel schwieriger hat es die Fahrradindustrie, die immer neue Märkte im Ausland suchen muß, um ihre Produktionskapazität auszunutzen, da der deutsche Bedarf sich nach der starken Verbreitung des Fahrrads in den letzten Jahren verringerte. Im vorigen Jahr hat man bis zu einem gewissen Grad einen Ausgleich für den verringerten einheimischen Konsum im Ausland gefunden, man rechnet aber für 1929 mit einem Rückgang, da die ersten fünf Monate dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr bereits einen solchen ergaben. Gestiegen ist dabei jedoch die Ausfuhr von deutschen Fahrradteilen nach verschiedenen europäischen Ländern, wie Holland, der Schweiz und Dänemark, wo mittlere und kleine Unternehmungen in verstärktem Maß die Zusammensetzung von Rädern betreiben. Unerfreuliche Verhältnisse und Verluste für die Fabriken haben sich im deutschen Fahrradteilgeschäft, infolge mancher Unzulänglichkeiten des Händlerapparates ergeben. Man strebt jetzt innerhalb der deutschen Fahrradindustrie (Verein deutscher Fahrradindustrieller e. V.) eine Kontingentierung an, in die man auch einige Außenleiterfirmen und die Fahrradteilfabrikanten einbeziehen will. In Baden stellt die Nähmaschinenfabrik Grigner W. G. Durlach Fahrräder her, ferner hatten die jetzt größtenteils stillliegenden Eisenwerke Gaggenau eine bedeutende Fahrradproduktion. Fahrradteile stellt eine ganze Reihe von Firmen her, darunter auch die Berlin-Karlsruher Industriewerke.

Der Gründung des Einheitsverbandes der sämtlichen deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften folgt nun der Unterbau. Der Zusammenschluß der regionalen Unterverbände ist jetzt in Baden zustande gekommen. Die Vereinigungen der ländlichen Genossenschaften mit dem Sitz in Freiburg werden sich mit denjenigen mit dem Sitz in Karlsruhe zum 1. Oktober zu einem genossenschaftlichen Einheitsverband in Baden, „Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften für Baden e. V.“ zusammenschließen. Die beiden Bankinstitute Badische Landwirtschaftsbank e. G. m. b. H. Karlsruhe und Badische Bauernbank e. G. m. b. H. Freiburg werden in der „Badischen Landwirtschaftsbank-Bauernbank“ und die beiderseitigen Bezugs- und Abgabenvereine in der „Badischen Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft e. G. m. b. H. Karlsruhe“ zusammengefaßt.

Damit ist ein bedeutender weiterer Schritt in der Verwirklichung des Nationalisierungs- und Sanierungsprogramms des Reichsernährungsministers Dietrich getan, der im Einvernehmen mit den ländlichen Genossenschaften die deutsche Landwirtschaft durch Zusammenschluß zu sachlicher Arbeit über die bisherigen Sondergruppen hinaus stärken will. Die Preußenkasse gibt im Einvernehmen mit dem Reichsernährungsminister erhebliche

Zuschüsse zur Sanierung der beteiligten Organisationen. An der Gesamtplanung sind bekanntlich auch Reichsregierung und die Rentenbankkreditanstalt beteiligt. Diese Sanierung ist in Baden insbesondere für die Freiburger Genossenschaften erforderlich geworden, die vom Inflationsbazillus angesteckt in falscher Unternehmungslust ihr eigentliches Tätigkeitsgebiet überschritten und nicht wie die Karlsruher Genossenschaft rechtzeitig eingelenkt hatten. Nach in diesem Frühjahr, als ein gesunder Genossenschaftsverband und ein franter sich gegenüberstanden, war es äußerst fraglich, ob die Einigung gelingen könnte. Immerhin arbeitete man bereits in Molkerei- und Weinbauverbänden zusammen. Die Linie gemeinsamen Weitergehens war gegeben und wird nun weiter eingehalten.

Der Entwurf eines Reichsmilchgesetzes soll jetzt, nachdem darüber im wesentlichen eine Einigung mit den Ländern erzielt wurde, vom Reichsernährungsminister dem Reichskabinett vorgelegt werden. Es handelt sich hier um eine für die deutsche, auch unsere badische Landwirtschaft recht wichtige Angelegenheit, da in Deutschland die Milchproduktion ein Viertel des Wertes der gesamten landwirtschaftlichen Produktion ausmacht und gerade die bäuerlichen Betriebe, die in Süddeutschland vorherrschen, auf diesen Produktionszweig angewiesen sind, der ihre einzige das Jahr hindurch laufende tägliche Einnahme ist. Im vorigen Jahr ging aus Deutschland für Milch, Butter, Käse über eine halbe Milliarde Reichsmark nach dem Ausland. Es besteht gar kein Zweifel, daß der deutsche Boden in der Lage ist, die Bevölkerung vollständig mit Milchprodukten zu versorgen, und wenn auch einige Spezialkäsearten noch weiter eingeführt würden, könnte dafür die Ausfuhr anderer Sorten gesteigert werden. Was in der Butterproduktion in Deutschland erreicht werden kann, das zeigen u. a. die Erfolge einer badischen genossenschaftlichen Zentralmolkerei, der in Radolfzell, die mit ihren Unterorganisationen in fast jeder Gemeinde des Seekreises mustergültige Arbeit geleistet hat.

Gelingt es, zunächst auch nur einen Teil der Einfuhr an Molkereiprodukten im eigenen Land zu erzeugen unter Steigerung des Milchtrages und Standardisierung der Milch-, Butter- und Käseproduktion, dann fließen mehrere Hundert Millionen Reichsmark der deutschen Landwirtschaft neu zu. Dieses Ziel stellt sich das Reichsmilchgesetz. Günstige Bestimmungen sollen die Arbeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften erleichtern und ergänzen und die Erfassung, Verarbeitung und Verteilung der Milch und Milchprodukte planmäßig und hygienisch einwandfrei gestalten. Dabei wird, ähnlich wie das in Dänemark bereits geschieht, auf genossenschaftlichem Aufbau eine Standardisierung der Milchproduktion angestrebt, denn nur mit Standardware werden wir mit dem Ausland konkurrieren können. Durch Konzessionierung des Milchhandels sollen ungeeignete Elemente ausgeschaltet werden.

Die deutsche Ratifikationsurkunde zur Opiumkonvention
wurde in Genf übergeben. Abgesehen von China fast alle am Opiumhandel und -verbrauch interessierten Länder der Konvention beigetreten.

Verwegener Raubüberfall in Jugoslawien
WTV, Belgrad, 16. Aug. (Tel.) Der Belgrader Kaufmann David Adamja, der mit seinem Auto seine Familie aus der Sommerfrische in Kranjelowac abgeholt hatte, wurde in der Nähe von Madenovac, 30 Kilometer von Belgrad, von zwei maskierten und bewaffneten Straßenräubern angehalten. Als Adamja Kollas gab, um zu entkommen, feuerten die Räuber einige Schüsse ab, durch die drei Insassen des Autos verletzt wurden, davon einer schwer. Adamja konnte jedoch mit seinem Wagen die nächste Ortschaft erreichen, von wo vier Polizeibeamte sofort die Verfolgung der Räuber aufnahmen. Es kam zu einem regelrechten Feuergefecht, in dessen Verlauf ein Beamter und einer der Angreifer getötet und zwei weitere Beamte verletzt wurden.

Städtisches Konzerthaus Karlsruhe
„Annemarie“
Nach den erfolgreichen „Friederike“-Auführungen war es für die Direktion nicht leicht, hierfür Ersatz zu schaffen. Daß dies nicht ganz gelungen ist, bewies die Aufführung der Operette „Annemarie“. Schwant in 3 Akten von G. Monnowski, Musik von Jean und Robert Gilbert. Der Inhalt ist manchmal ein tolles, sicher auch amüsierendes Durcheinander von Zufällen. Etwas weniger Madan wäre freilich mandamental besser gewesen. Die Musik bietet wenigstens einige schöne Duette. Bleibt noch übrig die Besetzung: Marita Brach als Gast in der Titelrolle, deren sympathisches Spiel noch in guter Erinnerung in „Schwarzwalddädel“, Kurt Schütt mit seiner wohlklingenden Stimme sowie Käthe Selma und deren Partner Heinz Ecktrugen zum Gelingen des Ganzen wesentlich bei. Die anderen Mitspieler mögen sich mit einem Gesamlob begnügen. Sie gaben alle das Beste her. Nicht zu vergessen seien die Tanzsolisten. Dely d'Aros hat ihre kleine Truppe fest in der Hand. Ernst und mit viel Schmitz und Scharm gelangen die Tanzsolisten. Man muß der Spielleitung Dank sagen, daß sie hier durch allerlei Einstreuungen von hübschen Einfällen der Aufführung zum Erfolg verholfen hat. Dies gilt besonders für den ersten Akt, durch die Wanddecorationen und den Prospekt, die auf die Karlsruher Verhältnisse zugeschnitten sind. Daß natürlich Nappenswörter und Stupferich dabei genannt wurden, soll wohl vermehrt werden. Wer sich einige angenehme Stunden verschaffen will, der veräume nicht den Besuch dieser Aufführung. Es ist einmal etwas anderes.

Die Stadt Berlin ehrt Heinrich Jille. Der Berliner Magistrat beschloß, an dem Haus, in dem Heinrich Jille die längste Zeit seines Lebens gewirkt hat, eine Gedenktafel anzubringen. Ferner wird die Stadt Berlin dem Verstorbenen ein Grabmal errichten, das dem Wesen des Künstlers entsprechend schlicht und einfach gehalten sein soll.

Die Weltfahrt des „Graf Zeppelin“

Die Reise nach dem Osten
Über die Fahrt am Donnerstag liegen folgende Positionsmeldungen vor: 14.52 Danzig, 16.15 Königsberg, 17.00 Tilsit. Um 19.30 Uhr wurde die lettisch-litauische Grenze überflogen, um 20.10 Dünaburg, um 20.30 die lettisch-russische Grenze bei Bigosowo. Von hier schlug das Luftschiff die Richtung Minsk-Smolensk ein.

Über dem Norden Russlands
Das Luftschiff befand sich um 1.05 Uhr früh MEZ. über Nischnij-Nowosokol, Gouvernement Iwer, um 5 Uhr früh MEZ. etwa 100 Kilometer östlich der Stadt Wologa im nordrussischen Gouvernement Wologa. An Bord ist alles wohl.

WTV, Moskau, 16. Aug. (Tel.) Ein Funkpruch des „Graf Zeppelin“ meldet, daß das Luftschiff wegen der ungünstigen Wetterlage nördlich von Moskau abgelenkt sei.

Japan und die Fahrt
WTV, London, 16. Aug. (Tel.) „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio: Der Aufstieg des Luftschiffes zur Fahrt nach Tokio hat großes Interesse in der japanischen Öffentlichkeit erregt. Seine Fortschritte werden von den Blättern an hervorragender Stelle gemeldet. Es sind offizielle und sonstige Begrüßungsfeierlichkeiten sorgfältig vorbereitet worden.

Die Besatzungsschäden des Rheinlandes

Die von englischer Seite unlängst angeforderte deutsche Seite in der Frage der Entschädigungsansprüche für die Besatzungsschäden usw. hat, so schreibt die Deutsche Diplomatisch-politische Korrespondenz, in der Presse vielfach eine irrtümliche Behandlung erfahren. Es handelt sich hier um diejenigen Ansprüche, die Deutschland nach dem Pariser Abkommen vom 5. Mai 1925 auf die Anrechnung bestimmter Beträge auf die bisher von ihm zu leistenden Damesanzahlungen bezahlte. Dieses Abkommen war notwendig, nachdem der Damesanzahlungsplan die Anrechnung der Besatzungskosten auf die Annuitäten nach dem 1. September 1924 festgesetzt hatte. Eine andere Kategorie von ebenfalls nach dem Rheinlandabkommen „Art. 6“ vorher an die Reichsregierung gerichteten Forderungen ist trotz vielfacher Bemühungen bis heute nicht auf eine Rechtsbasis analog dem Pariser Abkommen gestellt worden. Sie werden aus Haushaltsmitteln bestritten. Über die Höhe dieser auf die Damesanzahlungen anrechnungsfähigen Entschädigungsansprüche entscheidet ein gemischtes Schiedsgericht unter dem Vorsitz des holländers Patijn. Im Youngplan sind entsprechende Modalitäten nicht vorgesehen. Man rechnet mit bisher offenstehenden u. der Anrechnung auf die deutschen Jahresleistungen fähigen Beträgen bis zum 1. September auf etwas über 40 Millionen Reichsmark.

Um diese Summe handelt es sich offenbar bei der in verbündlicher Form durch Genèbe in die Debatte gemessenen Anregung, wonach Deutschland sich für die frühere Räumung durch eine Geste erkennen lassen sollte. Von deutscher Seite ist zunächst der Gedanke in die Diskussion gebracht worden, diese Forderung zur Vereinfachung des Verfahrens im Wege einer globalen Summe abzugelten. Wenn mit Bezug auf diese Ansprüche anzutreffende, teilweise recht stark abweichende Ziffern genannt worden sind, so beruht dies offenbar auf einer Übersetzung der Tatsache, daß nach Artikel 249 des Versailler Vertrages Besatzungskosten, also auch Besatzungsschäden durch Deutschland zu tragen waren, und daß demgemäß nach einem allerdings erst erheblich später eingegangenen Entscheid des gemischten Schiedsgerichts die bis zum 1. September 1924 entstandenen, damals noch offenstehenden Forderungen nicht unter die auf die Damesanzahlungen anrechnungsfähigen Beträge fallen.

Loucheur für internationale Kohlenverständigung

Eine Sitzung des Finanzausschusses im Haag brachte, wie gemeldet, ausführliche Darlegungen Loucheurs, die eine Reihe gabelmächtiger Einwände gegen die englischen Besorgnisse in der Sachlieferungsfrage enthielten. Loucheur führte aus, daß z. B. der gesamte Kohlenwert, der in der denkbar höchsten Sachlieferungsquote steht, nicht mehr als ein Zehntel (nämlich 1,5 Milliarden gegen 15 Milliarden Franken) der Lohnsumme ausmache, die für die Beschäftigung der englischen Arbeitslosen aufzuwenden wäre, das heißt also, daß die Kohlenlieferungen auf Reparationskonto nur eine relativ geringe Rolle für die englische Wirtschaft und das englische Arbeitslosenproblem spielen. Trotzdem sei Frankreich bereit, auf diese englischen Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen, namentlich in der Frage des Reexportes, auf den verzichtet werden sollte, und in der Frage einer Beschränkung des Sachlieferungsolumens für den Fall eines im Youngplan vorgesehenen deutschen Moratoriums. Er, Loucheur, halte den Fall eines deutschen Moratoriums übrigens für recht unwahrscheinlich und theoretisch.

Weiter setzte sich Loucheur für eine internationale Verständigung der Kohlenwirtschaft ein, die nicht durch Sachlieferungen, sondern durch Produktion und verminderte Nachfrage, im ganzen durch die Regellosigkeit ihrer Produktionsverhältnisse, in Schwierigkeiten gekommen sei. Das Sachlieferungsproblem als solches habe in der Tat manche Bedenken, die aber schon seit Jahren Verhandlungen mit Rathenau im Jahre 1921 bekannt seien, und die nicht abgelehnt werden könnten, solange man nichts Besseres gefunden habe.

Die Beratungen über die Saarfrage

In der Saarfrage, die von französischer Seite als eine deutsch-französische Angelegenheit, und nicht als ein Konferenzthema bezeichnet worden ist, haben nach der Abreise eines deutschen Verhandlungsvorschläges im Haag Besprechungen zwischen den beiderseitigen Staatssekretären und heute auch zwischen den Fachberatern stattgefunden, die der Aufklärung einzelner Punkte galten und die heute fortgesetzt werden sollen.

Morgen Bekanntgabe des Räumungszeitpunktes

Wie nunmehr zuverlässig aus dem Haag verlautet, wird Briand das Datum für die Gesamträumung, also des Tages, an dem der letzte Besatzungssoldat aus der dritten Zone zurückgezogen wird, am Samstag bekanntgeben, und zwar dürfte die Bekanntgabe in der Form der Aufstellung eines Gesamtprogramms für die Räumung vom Beginn bis zu ihrem Abschluß erfolgen.

Der Berliner „Vorposten“ meldet aus dem Haag, Loucheur habe den französischen Journalisten mitgeteilt, Frankreich beabsichtige nicht, sich von Deutschland den früheren Rückzug durch einen neuen Verzicht abkaufen zu lassen.

Der Berliner Weltkollongress hat gestern seine Schlußsitzung abgehalten.

Für Eugen Berg — gegen Stresemann. Generaldirektor Dr. Schmidt, Hirschberg, Vorsitzender der Deutschen Volkspartei in Niederschlesien, bis vor kurzem volksparteilicher Reichstagsabgeordneter, hat sich laut „Voss. Zig.“ dem „Bezirksauschuß“ Klagen gegen die für das Volk begehren gegen den Youngplan“ angeschlossen und damit seine Gegnerschaft gegen den Parteiführer Stresemann zum Ausdruck gebracht.

Um die Arbeitslosenversicherung

Die Meinungsverstärkungen in der Regierungskoalition

Am gestrigen Donnerstag haben in Berlin Besprechungen mit den Parteiführern und auch eine Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses zur Reform der Arbeitslosenversicherung stattgefunden. Der Ausschuß hat sich bis zum Dienstag vertagt, ohne Beschlüsse zu fassen. Reichsarbeitsminister Dr. Wissell erklärte im Ausschuß, daß die Reichsregierung leider nicht in der Lage sei, schon jetzt eine Vorlage zur Reform der Arbeitslosenversicherung zu machen, da noch in einigen wesentlichen Fragen Meinungsverstärkungen im Kabinett beständen.

Ministerialdirektor Dr. Weigert berichtete über die Arbeiten der Sachverständigenkommission.

Die überwiegende Mehrheit der Kommission hat die Zahl von 1,1 Millionen unterstützten Arbeitslosen den Berechnungen für den Durchschnitt der kommenden Jahre zugrunde gelegt. Die Kommission hat einstimmig ausgesprochen, daß es erwünscht sei, auch die Fälle der berufswahrscheinlichen Arbeitslosigkeit in der Arbeitslosenversicherung zu behandeln. Eine erhebliche Mehrheit hat vorgeschlagen, nicht nur die Fälle der berufswahrscheinlichen Arbeitslosigkeit, sondern alle Fälle kurzfristiger Beschäftigung durch eine besondere Regelung zu erfassen. Nach diesem Vorschlag soll die Höhe der Unterstützung allgemein in ein Verhältnis zur Dauer der Beschäftigung gesetzt werden. Die vollen Leistungen der Arbeitslosenversicherung sollen nur dann gewährt werden, wenn der Arbeitslose vorher 52 Wochen gearbeitet hat, ohne daß dieser Zeitraum durch einen Unterbrechungsfall unterbrochen war. Hat er weniger als 52 Wochen gearbeitet, so steht ihm die Unterstützung nach einer bestimmten Staffelnung.

Das Erparnisprogramm der Mehrheit der Kommission soll die Summe von 163 Mill. Reichsmark bringen. Trotzdem blieben nach den Voraussetzungen der Kommission 116 Mill. im Jahre noch ungedeckt. Hier setzte nun der Vorschlag der Kommission ein, für eine begrenzte Zeit den Beitrag um 1/2 Prozent zu erhöhen. Die Erhöhung um 1/2 Prozent bedeutet nach den Ergebnissen vom Jahre 1928 ein Aufkommen von 187 Mill. Reichsmark im Jahre. Sie reicht also aus, um die Lücke zu füllen und die Rücklagen noch um ein wenig zu vergrößern. Diese Erhöhung der Beitragssumme kann aber wahrscheinlich vor dem 1. November 1929 nicht in Kraft treten, weil die Veränderung des Gesetzes (soweit Zeit erforderlich wird, deshalb soll der finanzielle Ausgleich durch einen Überbrückungskredit herbeigeführt werden. Die Kommission glaubt, daß die Arbeitslosenversicherung diesen Kredit zu erträglichen Bedingungen finden könne, zumal wenn das Reich sie dabei unterstützt. Was die Darlehen betrifft, die das Reich der Anzahl im letzten Winter gewähren mußte, so hat es die Mehrheit der Kommission abgelehnt, sich für eine Niedererschlagung dieser Darlehen einzusetzen. Dagegen hat eine Mehrheit der Kommission vorgeschlagen, das Reich möge diese Darlehen zinsfrei bis zum 1. April 1935 künden.

Länder und Arbeitslosenversicherung

Dem „Berl. Tageblatt“ zufolge bezieht sich die Mehrzahl der deutschen Länderregierungen der Wunsch, zur Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung noch einmal Stellung zu nehmen, und es verlautet, daß am Dienstagvormittag eine Länderkonferenz zusammentritt. Da der sozialpolitische Ausschuß am Dienstag um 15 Uhr mit der eigentlichen Debatte über die Reform der Arbeitslosenversicherung beginnen will, kann, wie das Blatt bemerkt, aus der Ansetzung des Termins für die Länderkonferenz geschlossen werden, daß die Länder auf die Beratungen des Ausschusses Einfluß nehmen wollen.

Auch der deutsche Städtetag verlangt, im Ausschuß gehört zu werden, offenbar zu dem Zweck, die neuen Bestimmungen des in Aussicht genommenen Gesetzes zur Reform der Arbeitslosenversicherung mit den Bestimmungen über die Gemeindefürsorge in Einklang zu bringen, damit nicht Leistungen, die vom Reiche abgelehnt werden, von den Städten übernommen werden müssen.

Die Einreise ins besetzte Gebiet

Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete teilt mit: Aus zahlreichen Anfragen und Eingaben ergibt sich, daß Anklarheiten bestehen über die Bestimmungen, die für die Einreise in das besetzte Gebiet gelten. Namentlich eine Presse-meldung über Sonderbestimmungen bei der Einreise von Vereinen hat zu der Auffassung geführt, als dürften Vereine in das besetzte Gebiet nur einreisen, wenn sie vorher die Erlaubnis der Rheinlandkommission nachgesucht hätten. Diese Ansicht ist irrig. Heute kann jeder aus dem unbesetzten Deutschland in das besetzte Gebiet einreisen. Er ist jedoch verpflichtet, einen Paß oder einen einfachen polizeilichen oder irgendeinen sonstigen behördlichen Personalausweis bei sich zu führen. Die Befugung eines Lichtbildes ist nicht erforderlich. Personen unter 16 Jahren sind von jeglicher Ausweispflicht befreit. Diese Regel gilt an sich auch für Vereins- und Gesellschaftsfahrten.

Bei Fahrten größerer Personengruppen erweist sich die Beschaffung der Hunderte von behördlichen Einzelausweisen für eine manchmal nur kurze Zeit dauernde Fahrt in das besetzte Gebiet als recht umständlich. Man hat daher nach einem Weg gesucht, der diese Schwierigkeiten beseitigt. Im Zusammenhang damit hat die Interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz neuerdings verfügt, daß bei Gesellschaftsfahrten von der Mitführung eines behördlichen Personalausweises durch die Teilnehmer abgesehen werden kann. Es soll genügen, wenn der Fahrleiter eine einfache Liste der Teilnehmer und wenn jeder Teilnehmer eine von dem Fahrleiter mit Stempel und Unterschrift versehene, auf den Namen lautende private Teilnehmerkarte besitzt. Diese Vereinfachung gilt allerdings nur dann, wenn der Vereinsvorsitzende oder der Fahrleiter die Absicht der Einreise 14 Tage vorher dem Reichskommissar zwecks Weitergabe an die Rheinlandkommission ankündigt.

Dem Antrage des Reichskommissars, den Personalausweiszwang ganz abzuschaffen, oder auf die oben erwähnte Vorankündigung zu verzichten, hat die Rheinlandkommission bisher leider nicht entsprochen.

Besuch englischer Kirchenmänner in Berlin. In Berlin sind auf Einladung der Deutschen Vereinigung des Weltbundes für kirchliche Freundschaftsarbeit 20 führende englische Geistliche und Kirchenmänner eingetroffen.

Gefängnis für Nichtablieferung von Ortskrankenkassenbeiträgen. In Frankfurt a. M. wurden ein Architekt und ein kaufmännischer Beirer vom Einzelrichter zu je 2 Monaten Gefängnis verurteilt, weil Beträge in Höhe von rund 4000 Reichsmark nicht an die Ortskrankenkasse rechtzeitig abgeführt worden waren. Das Gericht gab den Verurteilten Bewährungsfrist unter der Voraussetzung, daß sie den der Kasse erwachsenen Schaden allmählich bedeu.

Ausbau der Schweizerischen Gotthardstrasse. Die Schweizerischen Bundesbahnen werden demnächst die gesamte Strecke der Gotthardbahn als Doppelspur umbauen. — Auch der Monte Ceneri-Tunnel soll in Bälde in Angriff genommen werden.

Die Vorgänge auf dem Kreuzer „Walde-Rouffean“. Das französische Marineministerium dementiert die von der „Humanität“ verbreitete Nachricht, daß sich an Bord des französischen Kreuzers „Walde-Rouffean“ Zwischenfälle ereignet hätten, oder daß eine Epidemie ausgebrochen sei.

Einigung im englischen Baumwollkonflikt. Die Konferenz der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Baumwollindustrie in Manchester hat sich auf ein schiedsgerichtliches Verfahren geeinigt. Auf Grund dieser Abmachung seien die Spinnerarbeiten bereit, am Montag den Betrieb wieder aufzunehmen. Bis zur Fällung eines Schiedspruchs sollen die Löhne gezahlt werden, die vor der Aussperrung Geltung hatten.

Ein Schulflugzeug, das der Hamburger Verein für Luftfahrt erst vor einigen Tagen erworben hatte, ist heute, Freitag, früh gegen 8 Uhr unweit des Flughafens abgestürzt. Der Pilot, Reichert, war sofort tot, sein Begleiter, Rehm, wurde schwer verletzt.

Die am letzten Sonntag wegen eines Motorschadens in Nordafrika gelandeten beiden französischen Flieger eines Postflugzeuges, die von Eingeborenen gefangen gehalten wurden, sind gegen Wafelgeld wieder freigelassen worden und in Tiznit angekommen.

Badischer Teil

Der Reichsrat in Karlsruhe

Dem „Bad. Volk.“ zufolge wird am 23. August der Reichsrat im Landtagsgebäude zu Karlsruhe eine Tagung abhalten. Gegenstand der Besprechung wird die Länderfrage sein.

Die Rheinregulierung

D.3. Basel, 16. Aug. In der Frage der Rheinregulierung wird sich eine schweizerische Delegation zur Beratung der Vorlage der Rheinregulierung zwischen Basel und Straßburg in Basel versammeln. Bundesrat Natta wird sich zu diesen Besprechungen in Basel einfinden. Am Montag schließt sich eine Fahrt auf dem Rhein von Hünningen nach Rembs und von dort im Kraftwagen über Kolmar nach Straßburg an, wo die Hafenanlagen besichtigt werden sollen. Die Rückreise erfolgt über die badische Strecke nach Rheinfelden, wo die geschäftlichen Beratungen ihren Abschluß finden sollen.

Wissenschaftliche Auszeichnung

Die Berliner Techn. Hochschule in Charlottenburg hat dem Bergbau Ratib. Kohn, Hannover, „in Anerkennung seiner großen Verdienste um die technische Fortentwicklung des deutschen Kalibergbaues, insbesondere wegen seiner Verdienste um die Entdeckung und Aufschlüsselung der badischen Kalisalzagerstätten sowie um die Errichtung der technisch hochwertigsten Schichtanlagen von Buggingen zu ihrer Ausbeutung den Dr.-Ing. h. c. verliehen.“

Der Reichsbund der Kommunalbeamten und -angehörten Deutschlands

Hält vom 10. bis 13. Oktober 1929 seine diesjährige Tagung in Mannheim ab. Zu der Tagung, die im städtischen Hofgarten stattfinden wird, werden über tausend auswärtige Gäste erwartet. Der 10. und 11. Oktober bringen interne Sitzungen der Bundesleitung, des Bundesvorstands und der Landesgewerkschaften. Am 11. Oktober besichtigen die Tagungsteilnehmer eine Reihe städtischer Betriebe und Anstalten in Mannheim. Am Abend des 11. Oktober wird ein Teil der Delegierten durch die Stadt im Ritteraal des Schlosses empfangen, während die übrigen Tagungsteilnehmer das Nationaltheater besuchen.

Der 12. Oktober bringt den eigentlichen Bundestag im Rittersaal des Hofgartens. Geschäftsführer Meurer (Berlin) spricht über „10 Jahre deutscher und außerdeutscher Beamtenbewegung“, Bundesdirektor Ehrmann (Berlin) über „Das kommunale Beamtenproblem“ und Bundesdirektor Schubert (Dresden) über „Das Gesetz über den Übertritt von Beamten aus Anlaß der Steuervereinfachung“. Am Samstagabend veranstaltet die Ortsgruppe Mannheim einen Festabend im Rittersaal. Am Sonntag, den 13. Oktober, spricht der badische Minister des Innern, Dr. h. c. Remmele, über „Reichsreform und Selbstverwaltung“ und Bundesdirektor Reiz über den Deutschen Beamtenbund über „Die Verdrängung des Berufsbeamten“. Die Tagung findet am Sonntag nachmittag ihren Abschluß mit einer Fahrt nach Heidelberg. Zwanglose Fahrten in die Pfalz und in den Schwarzwald schließen sich an. Die Komba-Tagung wird voraussichtlich eine der größten Tagungen werden, die in diesem Jahr in Mannheim stattgefunden haben.

Aus der badischen Industrie

Jur Lage in der Zigarrenindustrie. In verschiedenen Landarbeiterdörfern des Amtsbezirks Wiesloch ist die Zahl der erwerbsfähigen Tabakarbeiter durch Wieder- oder Neueröffnung von Zigarrenfabriken bedeutend herabgesunken, so in Waldsberg, Neitheim und Malsch. Dagegen ist die Zahl der Erwerbslosen in anderen Orten immer noch sehr hoch. Diesen Gemeinden kann, da die Beschäftigungsmöglichkeiten auch in anderen Industriezweigen gering sind, lediglich geholfen werden, wenn die stillgelegten Fabriktore bald wieder in Gang kommen. Allerdings bestehen dafür wenig Aussichten. Bei gutem Geschäftsgang werden in der Zigarrenindustrie des Amtsbezirks Wiesloch rund 7000 Arbeiter beschäftigt.

Aus der Landeshauptstadt

60. Geburtstag. Konful Arthur Fuchs (i. Pa. S. Fuchs Söhne G. m. b. H.) feiert am 17. August seinen 60. Geburtstag. Der Jubilar wurde im Jahre 1919 in die Handelskammer Karlsruhe gewählt und ist eines ihrer rührigsten und angesehenen Mitglieder. Ferner ist Konful Fuchs seit Jahren Mitglied des Reichswirtschaftsrates, dessen Abteilung für Handel, Banken und Versicherungen er angehört.

Landeseisenbahnrat Karlsruhe. Fabrikant Robert J. Rees (in Firma Ebersberger & Rees G. m. b. H.), Mitglied der Handelskammer Karlsruhe, wurde auf deren Vorschlag stellvertretendes Mitglied des Landeseisenbahnrats.

Das schwere Kraftwagenunglück, das sich am 2. Juli auf der Straße Hörden-Gernsbach unweit des Bahnhofs Hörden zutrug, besetzte gestern das Karlsruher Schöffengericht. Der Angeklagte, Chauffeur Wilhelm Lang aus Hörden, war mit dem Chassis eines Postomnibusses der Benzwerke in Gaggenau auf Probefahrt beim Überholen mit dem Lastwagen einer Postkutter Brauerei kollidiert, der in die Wurg stürzte. Der Chauffeur sowie der Beifahrer des Brauereiautos wurden getötet. Lang erhielt wegen fahrlässiger Tötung drei Monate Gefängnis.

Karlsruhe in der internationalen Verkehrspropaganda. Vor kurzem wurde in Antwerpen eine erste internationale Ausstellung von Reiseleiter- und Verkehrspropagandamitteln aller Art von privater Seite veranstaltet. Auf dieser Ausstellung, die in der lokalen Presse sehr günstige Beurteilung fand, waren Feste, Broschüren und sonstige literarische Erzeugnisse in allen Weltsprachen ausgelegt, neben der Schweiz, Holland, Jugoslawien, der Tschechoslowakei, Schweden, Dänemark und Norwegen war auch Deutschland ganz besonders reichhaltig vertreten, darunter in sehr wirksamer Weise die badische Landeshauptstadt Karlsruhe. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit und Bedeutung solcher Ausstellungen wird voraussichtlich eine zweite Ausstellung veranstaltet.

Sommeropere im Konzerthaus. Heute, Freitag, 20. Uhr, findet die erste Wiederholung der gestern mit außerordentlichem Erfolg gegebenen Operette „Anemarie“ von Gilbert statt. In den Hauptrollen als Gast Maria Brach und Kurt Schütt. Sonntag, den 18. August, nachmittags 15.30 Uhr wird die Operette „Die Tanzgräfin“ von Stolz zu kleinen Preisen in Szene gehen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Das gestern im ganzen Land bei Höchsttemperaturen in der Ebene von 26 bis 29 Grad herrschende heitere Wetter erfuhr nur im Gebirge kurze Unterbrechungen durch örtliche Wärmegewitter. In dem Rücken hohen Druckes über Mitteleuropa hat sich über der Wislaga eine Teilschwärzung entwickelt, sie wird Gewitter bringen. Wetterausblick: Fortdauer des Hochdruckwetters mit vorübergehender Unterbrechung durch Gewittertätigkeit.

Kurze Nachrichten aus Baden

Schweres Unwetter in Südbaden

W.3. Freiburg, 15. Aug. In den Abendstunden gegen 7 Uhr ging in der Nähe von Freiburg in der Gegend Jähringen-Gundelfingen ein furchtbares Unwetter mit Hagelschlag nieder. Der Sturm hatte auf der Landstraße nach Gundelfingen fast 70 Prozent aller Chausseebäume umgeweht und einen großen Teil der Telegraphenmasten der Strecke Freiburg-Offenburg umgeworfen. Der Verkehr war während einer Zeit von drei bis vier Stunden nahezu vollkommen gesperrt.

Der gegen 7 Uhr von Freiburg abfahrende Samurger Schnellzug geriet mitten in das Unwetter hinein und die Wagen wurden durch die umfrierenden Telegraphenmasten teilweise beschädigt. Ein von Denzlingen nach dem Güterbahnhof abgehender Güterzug wurde durch die umgestürzten Masten aufgehalten und verwickelte sich in den Drähten. Feuerwehr, Bereitschaftspolizei und Einwohner waren mehrere Stunden hindurch mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Von Freiburg ging ein Hilfszug ab. Gegen 11 Uhr konnte die Bahnstrecke wieder freigegeben werden, so daß der Verkehr um diese Zeit wieder aufgenommen werden konnte. Personen sind, soweit bekannt, glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen. Die Telegraphenverbindung mit Karlsruhe war zeitweise gestört. Gegen 12 Uhr waren die Gleise wieder fahrbar und der Zugverkehr wieder regelmäßig. Das Unwetter hat an den Feldern und Gärten große Verwüstungen angerichtet.

Nach weiteren Meldungen ging das Unwetter in den Gemarkungen Jähringen, Gundelfingen, Rastetten, Denzlingen und dem Eltal nieder. Der schwere Hagelschlag hat innerhalb weniger Minuten unermesslichen Schaden angerichtet. Die vom Sturm und Hagel betroffenen Gegend bieten ein tröstliches Bild der Verwüstung. Zahlreiche Bäume wurden glatt abgeknickt. Auf dem Felde zusammengetragenes, geerntetes Getreide wurde in alle Himmelsrichtungen zerstreut. Erntewagen mußten von den Landwirten im Stich gelassen werden und wurden umgeworfen. Der Inhalt wurde von dem rasenden Sturm mitgenommen. In den Gundelfinger Obstplantagen wurde, wie in allen Gärten der Umgebung, das Obst von den Bäumen geschlagen. Tausende von Tomaten wurden in einer Komatensplanzang vom Hagel vernichtet. Besonders großen Schaden verursachten die Hagelschläge an den Rebhalden. Die ganze Arbeit und der Verdienst eines Jahres ist vernichtet.

In Furtwangen lagen die Hagelförner bis 25 Zentimeter hoch. Das heftige Gewitter hat auch in der Donaueschinger Gegend sehr beträchtlichen Schaden angerichtet. In der Gemeinde Sonthausen hat das Gewitter mit Hagelschlag gestern nachmittags streifenweise die ganze Ernte vernichtet.

D.3. Freiburg, 15. Aug. Heute ereignete sich, wie aus Bern gemeldet wird, am Matterhorn ein tödlicher Absturz. Zwei Fräulein Schieß aus Freiburg i. Br., Töchter des Justizrats Schieß, hatten in Begleitung eines Oberländer Bergführers und des bekannten Alpinisten und Förderers des Schneiseins, Dr. de Veaulair, ebenfalls aus Freiburg i. Br., das Matterhorn bestiegen. Beim Abstieg stürzten unterhalb der Soldahütte Dr. de Veaulair und eine der beiden jungen Damen Schieß, die am gleichen Seile gingen, 200 Meter ab und blieben tot liegen.

D.3. Badenweiler, 15. Aug. Die frühere Großherzogin Sidla von Baden ist gestern nachmittag gegen 4 Uhr im Kraftwagen von Karlsruhe kommend in Badenweiler eingetroffen.

D.3. Wiesloch, 16. Aug. So reichlich auch die Pfälzenernte ausfiel, sie wird doch noch von der Frühweitzgenernte übertriften. Die Bühler Frühweitzgen, die im Wieslocher Bezirk etwa das gleiche Klima vorfinden, wie in der Bühler Gegend, liefern fast jedes Jahr Massenerträge. Die Preise für Frühweitzgen sind 6 bis 8 RM pro Zentner. Auch die in zwei Wochen einsehende Spätweitzgenernte verspricht sehr gut zu werden.

D.3. Mannheim, 15. Aug. Studienrat o. D. Otto Kobus, der jahrzehntelang am hiesigen Realgymnasium wirkte, vollendete heute sein 80. Lebensjahr. Als Mitglied des Turnrates vom X. Deutschen Turnkreis ist Kobus eine bekannte Persönlichkeit unter den badisch-pfälzischen Turnern geworden. Er führte auch 31 Jahre hindurch den Lehrergesangsverein Mannheim-Ludwigshafen als dessen erster Vorsitzender. Nach seinem 1919 erfolgten Rücktritt ernannte ihn der Verein zum Ehrenpräsidenten.

D.3. Furtwangen, 16. Aug. Begriffliche Aufregung herrscht über eine Bluttat, die sich gestern mittag gegen 1 Uhr in dem Waldgebiet Löhrenbach-Furtwangen zugetragen hat. Der 42 Jahre alte Landwirt Augustin Dorer traf in seinem Walde mit Beerenfassern zusammen, die völlig unreife Preiselbeeren pflückten. Er machte sie auf das Unsinvolle ihres Tuns aufmerksam. Darauf schlug ihn einer der Sammler mit einer Bierflasche zu Boden. Als sich Dorer wieder erheben wollte, schlugen die anderen solange mit Keilspießeln auf ihn ein, bis er keinen Laut mehr von sich gab. Nach zwei Stunden erlag der Unglückliche seinen Verwundungen, die ihm die bestialischen Menschen beigebracht hatten. Die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen nach den Tätern, von denen man annimmt, daß sie in Freiburg oder im Eltal heimatisiert sind, sofort aufgenommen. — Nach einer weiteren Meldung konnte der Mörder des Stabenbrunnbauern heute morgen in Gutach i. Breisgau festgenommen werden. Über seine Personalien konnte im Interesse der Ermittlungen noch keine nähere Auskunft gegeben werden.

Nr. 21 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnung des Staatsministeriums zum Vollzug des Reichsiedelungsgesetzes vom 11. August 1919, des badischen Ausführungsgesetzes vom 10. März 1921 und des Gesetzes vom 12. Mai 1921 über die Änderung des Enteignungsgesetzes. Bekanntmachung des Justizministers: Die Bildung eines weiteren Standesamtsbezirks in der Stadt Mannheim.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	16. August		15. August	
	Geo.	Emr.	Geo.	Emr.
Amsterdam 100 G.	168.06	168.40	180.01	168.35
Kopenhagen 100 Kr.	111.67	111.89	111.66	111.88
Italien . . . 100 L.	21.93	21.97	21.935	21.975
London . . . 1 Pf.	20.398	20.378	20.398	20.378
New York . . . 1 D.	4.195	4.203	4.1945	4.2025
Paris . . . 100 Fr.	16.41	16.45	16.405	16.45
Schweiz . . . 100 Fr.	80.675	80.835	80.67	80.83
Wien 100 Schilling	59.08	59.205	59.07	59.19
Prag . . . 100 Kr.	12.413	12.433	12.411	12.431

Protest gegen die Tarifierhöhungen für Steinkohlen

D.3. Mannheim, 16. Aug. Die Reichsbahn beabsichtigt, ab 1. Oktober die Fracht für Kohlen zu ändern, und zwar sollen (ausländische) Steinkohlen im Verland von Wasserumschlagplätzen künftig nach der Tarifklasse F abgefertigt werden. Diese Tarifmaßnahme war Gegenstand von Verhandlungen der Freien Kohlenhändler in Mannheim, Karlsruhe, Frankfurt und Stuttgart, wobei sie mit Rücksicht auf die nachteilige Auswirkung dieser Tarifänderung für die gesamte Wirtschaft sich gegenwärtig zu fordern, von der in Aussicht genommene Tarifierhöhung Abstand zu nehmen. Diese Forderung wird in einer Entschließung, die einstimmig angenommen wurde, eingehend begründet. Der Beschluß wurde auch von den amwesenden Vertretern der Innenschiffahrt, der Hafenverwaltungen und Umschlagplätze gebilligt. Vom Reichsverkehrsminister wird erwartet, daß er die bereits erteilte Genehmigung der Tarifmaßnahme zurückzieht, zumal sie gegen § 22 des Staatsvertrages über die Verreichlichung der Staatsbahnen verstößt.

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 14. August d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 s 11/2 d bzw. für ein Gramm Feingold 32,736 pence.

Dementi der Bank von England. Die Bank von England teilt mit, daß die von den Kreisen der Wallstreet ausgehende Nachricht, England habe in New York wegen einer Anleihe von 50 Millionen Pfund Sterling angefragt, jeder Begründung entbehrt.

Für ein Hopfenherkunftsgesetz? Der Deutsche Hopfenbauverband hat sich auf seiner Tagung in Friedrichshafen für die Notwendigkeit der baldigen Einführung des Hopfenherkunftsgesetzes ausgesprochen. Es wurde eine Entschließung angenommen, wonach die Vertreter sämtlicher deutschen Hopfenbaugebiete und Hopfenbauorganisationen beschließen, an die Reichsregierung und den Reichstag die dringende Bitte zu richten, daß das dem Reichstag schon seit geraumer Zeit vorliegende Hopfenherkunftsgesetz bald seine parlamentarische Erledigung findet, damit der deutsche Hopfenbau spätestens im nächsten Jahr in den Genuss des Schutzes dieses Gesetzes kommt.

Das internationale Zuckeraabkommen verfehlt. Aus Amsterdam wird gemeldet, daß das internationale Zuckeraabkommen zwischen Kuba und Deutschland, Tschechoslowakei sowie Österreich einerseits und Java andererseits nunmehr zum Abschluß gebracht sei. Die Zuckeraabgabe werde auf 4 bis 4,5 Millionen Tonnen beschränkt werden. Kuba werde seine Verkäufe ähnlich den Japaprodukten zentralisieren. Der Zuckeraabtrag bezichtigt darauf, mit Material westlich von Suez an den Markt zu kommen. Zwischen der kubanischen Zuckerkolonie und dem Zuckeraabtrag werde ständig Fühlung genommen werden; auch die verschiedenen zuckereportierenden europäischen Länder würden künftig bezüglich der Ausfuhr miteinander Fühlung nehmen.

Nützen Sie die kurze Zeit unseres nur bis Ende August dauernden

Umbau-Ausverkaufs!

Ganz bedeutende Preisermäßigungen u. auf nicht besonders reduzierte Waren

10% Rabatt

Günstigste Einkaufsgelegenheit zur Ausstattung neuer Wohnungen!

Gardinen - Spezialhaus

Gebr. KAUL

Kaiserstraße 109, zwischen Adler- u. Kronenstraße

Sportliche Wettkämpfe der Karlsruher Polizei anlässlich des Verfassungstages

Die Karlsruher Polizei veranstaltete anlässlich des Verfassungstages Sportwettkämpfe, an denen sich zahlreiche Polizeibeamte beteiligten.

Im Vordergrund des Interesses stand der **Fünfkampf** um die Plakette des Reichspräsidenten. Dieser Wettbewerb bestand aus Schießen, 300-m-Schwimmen, Weitsprung, Handgranatenwerfen und 3000-m-Laufen. Er forderte also ein außerordentlich vielseitiges Können auf verschiedenen Sportgebieten. Sieger und Gewinner der silbernen Plakette des Reichspräsidenten wurde Polizeimann **Schütterle** mit 39 Punkten. Zweiter und Gewinner der bronzenen Plakette wurde **Nottenmeister Guder** mit 40 Punkten. Den dritten Platz errang sich Polizeiwachtmeister **Fischer** mit 42 Punkten.

Außer diesem Fünfkampf kamen noch verschiedene Einzelwettkämpfe zum Austrag. Die Sieger erhielten durch den Minister des Innern eine geschmackvolle Urkunde.

Die Ergebnisse waren folgende:

A. Wettkämpfe für Beamte der Polizeidirektion. 100-m-Lauf offen: Nottenmeister Nagel 12,3 Sek.; 100-m-Lauf für Beamte über 32 Jahre: Optm. Hemberger 12,4 Sek.; 75-m-Lauf für Beamte über 35 Jahre: PolWachtm. Graf 10,5 Sek.; 400-m-Lauf offen: Strfm. Himmelsbach 53,6 Sek.; Kugelstoßen: Nottenm. Krübler 10,33 m; Handgranatenwerfen: Nottenm. Walschburger 51,80 m; Hochsprung: Nottenm. Busch 1,60 m; Weitsprung: Nottenm. Dittmüller 5,91 m; Stabhochsprung: Nottenm. Dittmüller 3,10 m; Weitsprung für Beamte über 32 Jahre: Optm. Hemberger 5,13 m; Weitsprung für Beamte über 35 Jahre: PolOptm. Herrmann 4,62 m; Steinstoßen für Beamte über 32 Jahre: PolWachtm. Beisel 7,51 m; Steinstoßen für Beamte über 35 Jahre: PolOptm. Holz 6,48 m; Hammerwerfen für Beamte über 32 Jahre: PolWachtm. Lüttschwanger 5,69 m; Hammerwerfen für Beamte über 35 Jahre: Krims. Wörling 29,21 m.

B. Wettkämpfe für Beamte der Polizeischule. 100-m-Lauf offen: Polm. Schütterle 12 Sek.; 100-m-Lauf für Beamte über 32 Jahre: Obltm. Heller 12,2 Sek.; 400-m-Lauf offen: Polm. Fröhlich 56,1 Sek.; Kugelstoßen: Polm. Meßger 11,24 m; Handgranatenwerfen: Polm. Funder 50,65 m; Hochsprung: Polm. Medesheimer 1,65 m; Weitsprung: Polm. Wertheim 6,12 m; Stabhochsprung: Polm. Niebder 3,10 m; Steinstoßen für Beamte über 32 Jahre: PolWachtm. Lüttschwanger 5,69 m; Weitsprung für Beamte über 32 Jahre: PolOptm. Mäule 5,78 m.

C. Schwimmwettkämpfe für Beamte der Polizeidirektion. 100 m Freistil: PolWachtm. Mar 1 : 24 Min.; 100 m Brust: Nottenm. Krübler 1 : 59 Min.; 100 m Rücken: Nottenm. Schler 1 : 42 Min.; 100 m f. a. S.: PolOptm. Saß 1 : 52 Min.; 50 m Brust f. a. S. über 35 Jahre: PolOptm. Saß 47,5 Sek.; Rettungsschwimmen: PolWachtm. Fischer 1 : 46 Min.

D. Schwimmwettkämpfe für Beamte der Polizeischule. 100 m Freistil: Polm. Niebder 1 : 31,5 Min.; 100 m Brust: Polm. Wertheim 1 : 33 Min.; 100 m Rücken: Polm. Wertheim 1 : 47,5 Min.; Rettungsschwimmen: Polm. Speck 1 : 23 Min.; 100 m f. a. S.: Optm. Trompeter 2 : 05 Min.

Der Polizeisportverein veranstaltete einen außerordentlich interessanten **Badischen Polizeimehrkampf**. Dieser enthielt eine Prüfung in a) körperlicher Ausdauer und Gewandtheit, b) Schießfertigkeit, c) geistiger Leistungsfähigkeit nach großer körperlicher Anstrengung.

Der Start des Wettkampfes befand sich im Kühlen-Krug-Schwimmbad, wo zunächst eine gewisse Strecke geschwommen werden mußte. Von hier aus führte der Weg mit dem Fahrrad bis in die Nähe von Jorckheim. Hier wurde das Fahrrad beiseite gestellt, und der Wettkämpfer erhielt den Auftrag, sich durch wegeloses Badgelände bis zu einem bestimmten Punkt durchzufinden. (Der Beamte besaß eine Karte 1 : 100 000.) Dort wurde ihm eine Orientierungsaufgabe gestellt; nach deren Lösung kehrte er zu seinem Fahrrad zurück und begab sich damit wieder zum Kühlen-Krug-Bad. Hier war eine 100 m lange Strecke auf einem Pfad zurückzulegen. Hierauf erfolgte die Rückkehr zur Polizeunterkunft, Mollstr. 12, wo das Fahrrad abgegeben wurde. In der Polizeunterkunft war ein Handgranatenwurf zu machen und eine schwierige Gebäudeattrappe zu überwinden. Anschließend hieran hatten die Beamten eine psychotechnische Aufgabe (Lesen einer Zahlenquadrattafel) zu lösen. Der Weg führte weiter über eine Hindernisbahn auf dem Sportplatz (beim Flugplatz) bis zum Schießstand. Dort mußte der Beamte auf eine bewegliche Scheibe 5 Pistolenwürfe abgeben. Nach diesen außerordentlich großen körperlichen Anstrengungen mußte nun unmittelbar anschließend eine schriftliche Meldung angefertigt werden. Die Wertung des gesamten Wettkampfes erfolgte nach Platzsiffern, wobei die Altersklasse und die Beamten des Revierdienstes besonders berücksichtigt wurden. Das Schießen und die geistigen Leistungsprüfungen wurden besonders gewertet. Dieser Mehrkampf stellte außerordentlich hohe Anforderungen an Körper und Geist. Es beteiligten sich hieran 56 Beamte. 58 gingen durchs Ziel. Drei Teilnehmer wurden

durch Reifenschaden zur Aufgabe gezwungen. Die ersten legten die Strecke in fast 1 1/2 Stunde zurück, eine ausgezeichnete Leistung, wenn man sich überlegt, daß der Wettkampf mit Ausnahme des Schwimmens in Uniform durchgeführt werden mußte.

Ergebnisse: A. Beamte der Polizeidirektion. 1. Nottenm. Nagel 1 : 17,35 Std. 21 Punkte; 2. Nottenm. Göfer 1 : 25,35 Std. 44 1/2 Punkte; 3. Nottenm. Jähringer 1 : 26,45 Std. 47 Punkte. B. Beamte der Polizeischule. 1. Polm. Reinhardt 1 : 25,40 Std. 12 1/2 Punkte; 2. Polm. Medesheimer 1 : 18,50 Std. 28 Punkte; 3. Polm. Speck 1 : 29,35 Std. 32 1/2 Punkte.

Gemeinderundschau

Der **Bürgerausschuß Ettlingen** hatte sich mit einer Vorlage des Gemeinderats über die Ausführung von **Koststandsarbeiten** (Verbesserung der Gärtruchwiesen und Entwässerung der Karl-Friedrich-Strasse) zu befassen. Nach lebhafter Debatte kam das Kollegium mit 31 gegen 22 Stimmen zur Ablehnung. Dagegen stimmten die Fraktionen Vereinigte Liste, die Wirtschaftliche Vereinigung, sowie der größere Teil des Zentrums und der Bürgervereinigungen. Bürgermeisterstellvertreter **Schäfer** machte darauf aufmerksam, daß nun große soziale Sorgen das Gemeindefollegium in der nächsten Zeit beschäftigen werden.

Der **Bürgerausschuß Triberg** nahm in dreistündiger Sitzung einstimmig den **Voranschlag für 1929/30** an. Eine Änderung der Umlage gegenüber dem Vorjahre ist damit nicht verbunden. Die Erhöhung der Schlachthausgebühren, die seit Eintritt der Stabilisierung nicht mehr geändert wurden, um 50 Prozent, wurde genehmigt.

Warenbörseraktion in Bilingen. Die starke Diegung im Fluglauf des Warenbads vor dem Fußsteig oberhalb der Uhrenfabrik Kaiser, durch welche die Ufer stark angegriffen werden, soll nach einem Beschluß des Bilingener Stadtrates durch einen Durchstich beseitigt werden. Die Kosten werden circa 700 RM betragen.

Der **Voranschlag der Stadt Vörrach** für das Rechnungsjahr 1929 wurde nach mehrtägiger Debatte mit knapper Mehrheit angenommen. Gleichzeitig wurde auch mit Mehrheit eine **Mehrlöhnerordnung** für die Arbeiter der Stadt Vörrach genehmigt.

... nur **1x**
im Jahre, aber immer um dieselbe Zeit ...

so lautet von jeher das Motto unserer

SERIEN-TAGE

Damit wollen wir ausdrücken, daß Serientage bei uns seltene Sonderveranstaltungen sind — umso mehr konzentrieren wir alle unsere Kräfte auf die Vorbereitung dieses einmaligen, bereits traditionell gewordenen August-Verkaufs, um Waren und Warengruppen zusammenzufassen, die in den Preislagen

0,90 1,90 2,90 3,90 4,90

vollkommene Sensations-Angebote darstellen. — Unsere gesamte Schaufensterfront (Kaiser- und Lammstraße) hilft ebenfalls Ihnen das Ergebnis unserer Bemühungen zu veranschaulichen. Alle Abteilungen sind wohlgerüstet u. erwarten Ihren Besuch, um Sie durch Auswahl, Preis u. Qualität angenehm zu überraschen

KNOPF

Wollen Sie Veränderungen in Ihrer Familie, seien es freudige oder traurige Ereignisse, Ihren Kollegen und Bekannten mitteilen, so erreichen Sie dieses durch eine Anzeige in der

Karlsruher Zeitung
BADISCHER STAATSANZEIGER

Jeder badische Beamte liest sie, jede badische Staats- oder städtische Behörde nimmt davon Kenntnis

3406. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über den Nachlaß und das Gesamtgut des Dr. Hanns Wirth, Röntgenfacharzt in Karlsruhe, Stephanienstr. 7, ist zur Abnahme der Schlussrechnung zur Erhebung v. Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlußfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke und die Festset-

zung der Vergütungen u. Auslagen der Gläubigerausschlußmitglieder sowie zur Festlegung der Vergütung und Auslagen des Verwalters Schlusstermin bestimmt auf: Montag, den 2. September 1929, vorm. 9 Uhr, vor dem Amtsgericht, hier, Akademiestr. 8, 2. Stock, Zimmer Nr. 151. Karlsruhe, 9. August 1929. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 8.

Detektiv-Institut
u. Privat-Rückmittel
Argus "Mannheim"
0 6, 6
Planken
Schaubühnen 33305
A. Maier & Co., G.m.b.H.

Inserieren bringt Kunden!

Bad. Versicherungsanstalt für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte in Karlsruhe

Unsere Diensträume befinden sich jetzt im Hause Am Stadgarten Nr. 1, II. Stock (bisher Hans-Thoma-Str. Nr. 19). Unsere Fernsprechnummern sind jetzt 7920 und 7921 (bisher 5744).

Karlsruhe, den 15. August 1929.
Der Verwaltungsrat.

Sommeroperette
im Städtischen Konzerthaus

Heute Freitag, den 16. August, 20 Uhr wieder gewöhnliche Preise / (1,20—4,50 RM.)
Der große Erfolg

ANNEMARIE

Operette von Gilbert
mit **Marita Prach** a. G. u. **Kurt Schütt**

Sonntag, 18. August, nachmittags 15³⁰ Uhr zu kleinen Preisen

Die Tanzgräfin

Möbel Speisezimmer Herrenzimmer Schlafzimmer Küchen einzelne Möbelstücke in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus

Maier Weinheimer

Karlsruhe Zahlungsvereinfachung. Kronenstr. 32
Kein Laden, daher billigste Preise 492

Großer Festhallsaal

SAMSTAG, den 17. August 1929
abends 8 Uhr:

Abschieds-Konzert
Kammersänger

Karl Ziegler

Staatsoper Wien-Berlin
unter Mitwirkung von Professor

Felix Mendelssohn

cello-Virtuose
Professor

Walther Meiszner
Klavier-Virtuose.

Aus dem Programm:
Arien aus Carmen, Bohème, Tosca, Afrikanerin — Lieder von Rich. Strauß, u. a. Largo von Händel und Ave Maria von Percy Kahn mit Cello — Komp. v. Weber, Mozart, Chopin, Mendelssohn und Popper.

Karten à 4, —, 3, —, 2,50, 2 u. 1, — RM. inkl. Steuer bei **Fritz Müller**, Musikalienhandlung, Kaiserstraße, Ecke Waldstraße — Telefon 388 — sowie abends an der Kasse.